

Policy Brief

INTERNATIONALE KLIMAPOLITIK ALS STRATEGISCHER HEBEL DEUTSCHER AUßENPOLITIK

Lukas Kahlen

l.kahlen@newclimate.org

Ines Paiva

i.paiva@newclimate.org

**NewClimate – Institute
for Climate Policy and Global
Sustainability gGmbH**

+49 221 999 83 300

info@newclimate.org

www.newclimate.org



Zusammenfassung

Deutschlands außenwirtschaftliche Interessen stehen zunehmend im Spannungsfeld globaler Krisen, geopolitischer Machtverschiebungen und der weltweit voranschreitenden Transformation hin zu klimaneutralen Wirtschaftssystemen. In diesem Kontext kann eine vorausschauende internationale Klimapolitik nicht nur zur Bewältigung globaler Herausforderungen beitragen, sondern gezielt wirtschaftliche Chancen eröffnen und strategische Allianzen stärken.

Dieser Policy Brief identifiziert **fünf Prioritäten**, die sich aus den im Koalitionsvertrag verankerten außenwirtschaftlichen Zielen ableiten, und zeigt auf, wie diese durch eine strategische und ambitionierte internationale Klimapolitik gezielt unterstützt werden können.



Strategische Partnerschaften aufbauen und vertiefen: Klima-

politische Kooperation erhöht die Relevanz und Attraktivität deutscher Angebote gegenüber Ländern des Globalen Südens. Transformationspartnerschaften, die sich an den nachhaltigen Entwicklungsprioritäten der Partnerländer orientieren, etwa durch den Aufbau klimafreundlicher Industrien, die Förderung von Technologietransfer oder die Stärkung sozialer Resilienz, schaffen langfristige Verbindungen und stärken Deutschlands geopolitische Position im Wettbewerb um Partnerschaften und Zukunftsmärkte.



Multilateralismus stärken und globale Führungsrolle ausbauen: Deutschland sollte die

Transformation zur Klimaneutralität als Stabilitätsfaktor im multilateralen System verankern. Ein strukturierter Dialog mit Ländern des Globalen Südens – im Einklang mit deren Entwicklungs- und Dekarbonisierungsprioritäten – sowie ein proaktives Engagement in multilateralen Foren und faire Klimafinanzierung: stärken das Vertrauen fördern demokratische Strukturen, vertiefen die internationale Zusammenarbeit und festigen den Multilateralismus in geopolitisch unruhigen Zeiten.



Abhängigkeiten abbauen und Lieferketten sichern: Der

Umbau globaler Lieferketten bietet Chancen für faire, transparente und nachhaltige Partnerschaften, etwa im kritischen Rohstoff- oder Wasserstoffbereich. Klimaaußenpolitik kann dazu beitragen, Abhängigkeiten zu reduzieren und zugleich lokale Entwicklung in Partnerländern zu fördern. Nachhaltige Handelsregelungen und gemeinsame Standards stärken dabei internationale Resilienz.



Deutschland als Wirtschafts- und Exportstandort fördern:

Grüne Leitmärkte entstehen weltweit und deutsche Unternehmen profitieren von klarer, verlässlicher Außen- und Klimapolitik. Internationale Kooperation ermöglicht Marktzugänge, sichert Investitionen und unterstützt die Exportfähigkeit grüner Technologien. Klimapolitik stärkt damit auch die Resilienz und Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland.



Klima als Bestandteil deutscher Sicherheitspolitik integrieren:

Klimawandel kann bestehende Risiken und Spannungen verschärfen, insbesondere in fragilen Staaten. Internationale Klimapolitik kann helfen, Resilienz zu stärken und außen- und sicherheitspolitische Strategien sinnvoll zu ergänzen. Sie ist ein zentraler Bestandteil eines umfassenden Sicherheitsbegriffs.

Dieser Policy Brief wurde durch die European Climate Foundation (ECF) finanziert. Die in diesem Bericht geäußerten Ansichten und Annahmen geben die Auffassungen der Autorinnen und Autoren wieder und nicht notwendigerweise die der ECF.

Einleitung

Mit dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung im Mai 2025 hat Deutschland eine Neuausrichtung seiner außenwirtschaftlichen Prioritäten angekündigt. Der Koalitionsvertrag betont die Notwendigkeit einer kohärenten Außenpolitik und strategischer Partnerschaften in einer sich wandelnden Welt, die von geopolitischen Spannungen, kriegerischen Konflikten und globaler Unsicherheit geprägt ist. Für eine exportorientierte Volkswirtschaft wie Deutschland ist internationale Zusammenarbeit kein Selbstzweck, sondern wirtschaftliche Notwendigkeit: Partnerländer bieten Zugang zu kritischen Rohstoffen, grüner Energie, wachsenden Absatzmärkten und dringend benötigten Fachkräften, allesamt Schlüsselfaktoren für zukünftige Wettbewerbsfähigkeit.

Umso wichtiger ist es, die global voranschreitende Transformation hin zu klimaneutralen und resilienten Wirtschaftsstrukturen aktiv mitzugestalten. Die Folgen des Klimawandels bedrohen nicht nur Lebensgrundlagen weltweit, sondern berühren unmittelbar die sicherheits-, außen- und wirtschaftspolitischen Interessen Deutschlands und seiner Partner. Gleichzeitig eröffnet die Transformation erhebliche Chancen für Innovation, technologische Führungsstärke, neue Märkte und eine Neuausrichtung strategischer Partnerschaften und Allianzen.

Eine ambitionierte internationale Klimapolitik sollte daher auch als strategisches Instrument zur Förderung nationaler Interessen verstanden werden.

Sie sichert Lieferketten, stärkt multilaterale Kooperation, erhöht die Resilienz und schützt zentrale deutsche Interessen - wirtschaftlich, geopolitisch und ökologisch. Deutschlands Beitrag zur globalen Transformation ist auch Ausdruck historischer Verantwortung. Diese anzuerkennen und durch konsequentes Handeln zu unterstreichen, ist essenziell für die internationale Glaubwürdigkeit. Vor allem aber ist er eine Investition in die eigene Zukunftsfähigkeit.

Dieser Policy Brief analysiert, wie die im Koalitionsvertrag verankerten außenpolitischen Ziele durch eine strategische und ambitionierte internationale Klimapolitik unterstützt werden können und warum dies zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands unverzichtbar ist.

Strategische Partnerschaften aufbauen und vertiefen



¹ Diese und alle folgenden Seitenangaben beziehen sich auf den Koalitionsvertrag 2025 zwischen CDU, CSU und SPD, abrufbar unter: <https://www.koalitionsvertrag2025.de/>.

Was die Regierung priorisiert

Die Bundesregierung strebt an, Europas Handlungsfähigkeit zu stärken und **strategische Partnerschaften, insbesondere mit Ländern des Globalen Südens, auszubauen** (S. 125)¹. Die bilateralen Beziehungen zum Globalen Süden sollen intensiviert und in ein globales Netzwerk überführt werden, begleitet von der Einrichtung einer neuen Nord-Süd-Kommission (S. 127). Auch die strategische Kommunikation nach außen soll gezielt weiterentwickelt und stärker an deutschen Interessen und Werten ausgerichtet werden (S. 129). Zukünftig will sich die Bundesregierung bei der Ausgestaltung ihrer Partnerschaften von festen Länderkategorien lösen und stattdessen flexibler auf sich wandelnde Kontexte reagieren (S. 133).

Wie internationale Klimapolitik diese Priorität unterstützt

Um die angestrebte Stärkung strategischer Partnerschaften wirksam umzusetzen, sollte der **Übergang zu treibhausgasarmen und klimaresilienten Wirtschaftsstrukturen** systematisch in deren Ausgestaltung einbezogen werden. In einer Zeit zunehmender globaler Konkurrenz um politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie wachsender geopolitischer Unsicherheiten können solche Elemente zur Attraktivität, Glaubwürdigkeit und Zukunftsfähigkeit deutscher Partnerschaftsangebote beitragen.

Partnerländer verfolgen eigene Ziele in den Bereichen nachhaltige Entwicklung, wirtschaftliche Diversifizierung und Aufbau grüner Industrien. Angebote, die diese Interessen aufgreifen – etwa durch gemeinsame Investitionen in **emissionsarme Infrastrukturen, in den Technologietransfer oder in die Entwicklung klimafreundlicher Wertschöpfungsketten** schaffen langfristige Anknüpfungspunkte für wirtschaftliche Kooperationen, eröffnen neue Märkte und stärken regionale Stabilität. Gleichzeitig können sie helfen, klimabedingten Risiken vorzubeugen und damit wirtschaftliche wie politische Resilienz zu fördern.

Empfehlenswert ist daher die gezielte Entwicklung von Partnerschaften, die neben wirtschafts- und energiepolitischen Aspekten auch den Aufbau

institutioneller Kapazitäten und die Förderung lokaler Wertschöpfung adressieren. Solche Partnerschaften können die strategischen Interessen Deutschlands (z. B. Zugang zu kritischen Rohstoffen für die Energie- und Industriewende sowie zu Märkten und Zukunftstechnologien) mit den Entwicklungspfaden der Partnerländer in Einklang bringen und substanzielle, belastbare Beziehungen aufbauen.

Die im Koalitionsvertrag vorgesehene **Gründung einer Nord-Süd-Kommission (siehe → Box)** bietet die Chance, eine strategische Plattform für die Weiterentwicklung integrierter Partnerschaften zu schaffen. Eine klare Priorisierung der Ziele der Agenda 2030 sowie des Pariser Abkommens in diesem Rahmen kann dazu beitragen, Vertrauen zu stärken, internationale Zusammenarbeit zu fördern und den außenpolitischen Handlungsspielraum Deutschlands im globalen Kontext zu erweitern.

Welche Governance-Ansätze braucht es

Für eine wirkungsvolle internationale Zusammenarbeit im Rahmen von Partnerschaften sind **klare nationale und europäische Koordinierungsstrukturen** erforderlich. Ein kohärenter Auftritt der Bundesregierung erfordert eine enge Abstimmung zwischen Auswärtigem Amt (AA), Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE), Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) und den Auslandsvertretungen. **Strategische Kommunikation**, etwa über Klimabotschaften oder die aktive Einbindung von Durchführungsorganisationen, sollte gestärkt werden. Ebenso ist eine enge europäische Koordinierung zentral: Gemeinsame Formate im Sinne von „Team Europe“, etwa über Global Gateway oder bilaterale Initiativen anderer Mitgliedstaaten, erhöhen die Sichtbarkeit und Wirkung deutscher Beiträge im globalen Wettbewerb um Partnerschaften (**siehe → NewClimate Institute (2024) Shaping Strong EU Partnerships**).

Box: Die neue Nord-Süd-Kommission: Chance für kohärente und effektive Zusammenarbeit

Im Koalitionsvertrag erklärt die Bundesregierung ihre Absicht, die „bilateralen Beziehungen zum Globalen Süden zu intensivieren und zu einem globalen Netzwerk auszubauen“ (S. 127). Zur inhaltlichen Begleitung dieses Vorhabens soll eine Nord-Süd-Kommission gegründet werden. Die Namensgebung legt nahe, dass ein Bezug zur von Willy Brandt 1977 initiierten Nord-Süd-Kommission besteht, die internationale Entwicklungsfragen in den Mittelpunkt stellte. Seither haben sich jedoch Rahmenbedingungen, Akteurslandschaft und Anforderungen an globale Kooperation grundlegend gewandelt. Damit die neue Kommission zur **Stärkung zukunftsfähiger Partnerschaften beitragen** kann, sollte sie an heutige Realitäten angepasst und strategisch aufgestellt werden.

Erfolgsfaktoren für eine zukunftsorientierte Nord-Süd-Kommission:

- Einbindung vielfältiger Akteure aus Regierung, Zivilgesellschaft, Privatsektor und Wissenschaft, sowohl aus dem Globalen Süden wie Norden
- Nutzung bestehender Dialogformate, um Synergien zu schaffen und Dopplungen zu vermeiden
- Verankerung in nationalen und internationalen Strategien, insbesondere der Agenda 2030, den Sustainable Development Goals (SDGs) und dem Pariser Klimaabkommen
- Abstimmung und Koordinierung mit von der EU-Kommission geleiteten Partnerschaften und Initiativen (z. B. Global Gateway, Clean Trade and Investment Partnerships, Critical Raw Materials Strategic Partnerships etc.) **(siehe → NewClimate Institute (2024) EU Climate Partnerships - Fit for Purpose?)**
- Fokus auf partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe
- Priorisierung von Partnerschaften mit klarem Bezug auf eine gerechte Transformation hin zur Klimaneutralität
- Nutzung als Plattform für strategischen Austausch, politischen Dialog und systemischen Wissenstransfer
- Erfassung guter Praxis, z. B. für den Aufbau widerstandsfähiger, fairer und emissionsarmer Lieferketten
- Inklusive und transparente Governance-Struktur mit klarem Mandat, die Beteiligung und Legitimität sicherstellt
- Ausstattung mit ausreichenden Ressourcen
- Whole-of-Government-Ansatz, der ressortübergreifende Kohärenz sicherstellt

Was vermieden werden sollte:

- Schaffung eines Parallelformats ohne Anschluss an bestehende Initiativen
- Einseitige thematische oder institutionelle Perspektiven (z. B. Fluchtursachenbekämpfung)
- Symbolpolitik ohne strategischen Mehrwert oder Einfluss auf Entscheidungsprozesse
- Ausschluss von zivilgesellschaftlichen oder subnationalen Akteuren

Multilateralismus stärken und globale Führungsrolle ausbauen



Was die Regierung priorisiert

Die Stärkung des Multilateralismus und seiner Institutionen wird von der neuen Regierung als Kernstück der nationalen Prioritäten in der Außenpolitik dargestellt. Der Koalitionsvertrag betont die Notwendigkeit, den Multilateralismus und seine Strukturen zu stärken (S. 126), sowie die Werte der Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen (VN) und anderen Organisationen wie der Weltbank zu wahren (S. 134).

Wie internationale Klimapolitik diese Priorität unterstützt

Will Deutschland den Multilateralismus wirksam stärken, so liegt es in seinem sicherheits- und außenpolitischen Interesse, die **Transformation zur Klimaneutralität als strategischen Pfeiler globaler Stabilität zu verankern**. Die Auswirkungen des Klimawandels verschärfen weltweit bestehende Krisen, insbesondere in geopolitisch sensiblen Regionen.

Deutschland kann seine Führungsrolle auf der internationalen Ebene gezielt stärken, indem es geopolitische Lücken schließt, die von Staaten hinterlassen werden, die sich vom Multilateralismus abwenden. **Neue Dialogformate mit aufstrebenden Volkswirtschaften** wie China, Indien, Brasilien, Mexiko, Südafrika oder Indonesien sowie ein aktives Engagement in Foren wie der G20, der G7, den multilateralen Entwicklungsbanken und Formaten der VN – v. a. der UNFCCC, können die Rolle Deutschlands als verlässlichen Partner stärken. Gleichzeitig bieten solche Formate die Chance, sich für die Stärkung demokratischer Systeme einzusetzen.

Ein wirksames Engagement in diesen Formaten setzt voraus, dass Deutschland mit einer klaren, kohärenten Stimme auftritt. Um international Gehör zu finden, sollte dabei deutlich werden, dass **globale Herausforderungen ernst genommen und gemeinsame Antworten** auf die dringendsten Fragen formuliert werden. Dazu gehört insbesondere die tiefgreifende Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zur Klimaneutralität. Diese Transformation umfasst nicht nur den Klimaschutz, sondern auch Themen, die für viele Partner in multilateralen Foren besonders wichtig sind – wie Anpassung an den Klima-

wandel, der Umgang mit Verlusten und Schäden (Loss and Damage) sowie der Aufbau lokaler grüner Wertschöpfungsketten und resilienter Infrastrukturen. Die Fortführung plurilateraler Initiativen wie die Just Energy Transition Partnerships, die Freundesgruppe für eine ambitionierte EU-Klimadiplomatie oder der Klimaclub zeigt Deutschlands Verlässlichkeit und Engagement für eine faire, widerstandsfähige globale Ordnung.

Das Ziel einer gerechten Dekarbonisierung der Weltwirtschaft kann als wichtiger Hebel dienen, um multilaterale Zusammenarbeit zu vertiefen und Reformprozesse voranzutreiben, die den Anschluss anderer Länder an das multilaterale System stärkt. Durch Unterstützung eines fairen Wandels sowie ein ambitioniertes Engagement in der Klimafinanzierung ließe sich **Deutschlands Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit als multilateraler Akteur** unterstreichen.

Welche Governance-Ansätze braucht es

Deutschland sollte in der multilateralen Arena mit einer starken, geeinten Stimme auftreten. Voraussetzung für erfolgreiche Klimadiplomatie ist dabei mit gutem Beispiel voranzugehen. **Durch konsequente Umsetzung eigener Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität** können Deutschland und die EU in multilateralen Foren glaubwürdig auftreten und sich so für eine gerechte Dekarbonisierung der Partnerländer einsetzen. Ein **proaktives Engagement in multilateralen Gremien**, insbesondere zu zentralen Anliegen des Globalen Südens wie Klimafinanzierung, Zugang zu kritischen Rohstoffen, Energiepartnerschaften oder resilienten Lieferketten, würde das internationale Vertrauen in Deutschland und die EU als **verlässlicher Befürworter eines fairen multilateralen Systems** stärken. Um dabei geschlossen und wirkungsvoll aufzutreten, sollte die Bundesregierung eine enge Koordinierung aller deutschen Vertretungen in multilateralen Foren sicherstellen und dabei zugleich die gemeinsamen Prioritäten der EU aktiv mitgestalten und vertreten.

Abhängigkeiten abbauen und Lieferketten sichern



Was die Regierung priorisiert

Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, Deutschlands wirtschaftliche Souveränität durch **resilientere Wertschöpfungsketten, den Abbau strategischer Abhängigkeiten und den gezielten Ausbau globaler Partnerschaften zu stärken** (S. 4, S. 10). Dafür sollen Rohstoffimporte diversifiziert, Handels- und Energiepartnerschaften auf Augenhöhe geschlossen und europäische Ressourcen besser genutzt werden (S. 10, S. 34). Besonders in Schlüsseltechnologien wie erneuerbaren Energien oder Halbleitern strebt die neue Regierung an, keine neuen Abhängigkeiten entstehen zu lassen (S. 29, S. 66). Zugleich betont der Koalitionsvertrag, dass Deutschland offen für den globalen Handel bleiben soll und dass in integrierte, europäische Lieferketten investiert werden soll (S. 4, S. 135). Eine jährliche Risikoanalyse durch eine Expertenkommission soll wirtschaftliche Verwundbarkeiten sichtbar machen und Maßnahmen zum De-Risking empfehlen (S. 10). Ziel ist, Europas strategische Souveränität entlang sicherer Wertschöpfung zu stärken (S. 137).

Wie internationale Klimapolitik diese Priorität unterstützt

Die globale Transformation zu nachhaltiger Industrieproduktion verändert auch internationale Lieferketten. Wer frühzeitig in **faire, transparente und klimakompatible Partnerschaften** investiert, reduziert Abhängigkeiten und schafft Resilienz. Durch gezielte Kooperation mit rohstoffreichen Ländern können dort lokale Wertschöpfung gestärkt, sowie globale Marktpositionen gesichert werden.

Partnerschaften mit stabilen Demokratien und institutionell verlässlichen Ländern im Globalen Süden bieten Potenzial für den Aufbau nachhaltiger Lieferbeziehungen, etwa bei kritischen Rohstoffen oder grünem Wasserstoff. Voraussetzung ist, dass bei der Gestaltung von Abkommen **ökologische, soziale und wirtschaftliche Kriterien verankert** werden und lokale Entwicklung gefördert wird. Damit wird nicht nur die Versorgungssicherheit erhöht, sondern auch **die Attraktivität Deutschlands als langfristiger Partner** gestärkt.

Insbesondere der Zugang zu kritischen Rohstoffen ist zentral für die Energiewende und digitale Technologien. Partnerschaften sollten über reine Lieferverträge hinausgehen und lokale Wertschöpfung, ambitionierte Umwelt- und Sozialstandards sowie Wissenstransfer fördern. Angesichts der weltweiten Dringlichkeit, **die Lieferketten für kritische Rohstoffe zu diversifizieren**, werden diese Kriterien entscheidend sein, um attraktive Angebote unterbreiten zu können. Auch bei der Gestaltung klima- und rohstoffbezogener Handelsregeln auf EU-Ebene (z. B. Due-Diligence-Regeln, Nachhaltigkeitskapitel) kann Deutschland Impulse setzen. Entscheidend ist eine **enge Verzahnung mit Industrie-, Klima- und Außenhandelspolitik**, die Deutschland als fairen, innovationsgetriebenen und zuverlässigen Partner positioniert.

Welche Governance-Ansätze braucht es

Governance-Instrumente wie der „Team Europe“-Ansatz ermöglichen es, europäische Rohstoff- und Energiestrategien besser zu koordinieren. Zugleich sollten außen-, wirtschafts- und klimapolitische Maßnahmen in einem integrierten Ansatz gemeinsam ergriffen werden. Kommunikationsprozesse zwischen Botschaften und Ministerien, insbesondere dem BMWE und dem BMUKN, sollten sicherstellen, dass **neue strategische Partnerschaften im Einklang mit den Prioritäten und Dekarbonisierungszielen** Deutschlands und seiner Partnerländer stehen. So lassen sich Synergien heben, globale Partner klarer ansprechen und nationale Interessen strategisch einbringen.

Deutschland als Wirtschafts- und Exportstandort fördern



Was die Regierung priorisiert

Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, **Deutschland als führenden Wirtschafts- und Exportstandort langfristig zu sichern** - durch die Förderung von Innovation, von technologischer Spitzenstellung und nachhaltiger Wettbewerbsfähigkeit. Im Zentrum stehen Investitionen in Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz, Biotechnologie, Wasserstoff und saubere Energie (S. 4). Zugleich soll die Dekarbonisierung der Wirtschaft vorangebracht und die internationale Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden. Deutschland soll sich als offene und global vernetzte Volkswirtschaft positionieren, die auf den europäischen Binnenmarkt baut und aktiv neue Handelsabkommen vorantreibt (S. 6). Besonders deutsche und europäische Unternehmen sollen von staatlich geförderter Finanzierungs- und Außenwirtschaftspolitik profitieren. Eine neue zentrale Anlaufstelle für Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit soll den Zugang zu Auslandsmärkten erleichtern (S. 133). Auch innerhalb der EU wird die Stärkung Europas als starker Industriestandort als prioritäres Ziel benannt (S. 136).

Wie internationale Klimapolitik diese Priorität unterstützt

Um die angestrebte Stärkung Deutschlands als zukunftsfähiger Wirtschafts- und Exportstandort langfristig zu sichern, sollte die weltweit voranschreitende Transformation hin zu **klimaneutralen und emissionsarmen Volkswirtschaften aktiv mitgestaltet und strategisch genutzt werden**. Politische Zielvorgaben, internationale Regulierung und marktbasierende Instrumente, wie Emissionshandelssysteme, CO₂-Grenzausgleichsmechanismen oder Sorgfaltspflichten entlang globaler Lieferketten, verändern die Rahmenbedingungen internationaler Märkte grundlegend. Diese Dynamiken beeinflussen zunehmend die Nachfrage nach Technologien und Produkten und bestimmen langfristig die Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften.

Um die Position als wettbewerbsfähiger Wirtschafts- und Exportstandort zu sichern, empfiehlt sich eine **gezielte Ausrichtung außenwirtschaftlicher Strategien an globalen Trans-**

formationsprozessen. Dies betrifft insbesondere Schlüsselbereiche wie emissionsarme Industrieprozesse, erneuerbare Energien, grünen Wasserstoff, ressourceneffiziente Produktion und klimafreundliche Mobilitätslösungen. Forschungs- und Innovationsförderung sowie internationale Kooperationsformate können dazu beitragen, frühzeitig technologische Standards zu setzen und Marktpotenziale zu erschließen.

Außenwirtschaftlich begleitete Maßnahmen – etwa zur **Unterstützung von Technologietransfer, zur Entwicklung grüner Industriesektoren** oder zum Ausbau gemeinsamer Innovations- und Forschungs- & Entwicklungspartnerschaften können zusätzlich Exportchancen erweitern, Lieferketten stabilisieren und den Zugang zu kritischen Rohstoffen sichern. Auch klima- und umweltbezogene Bestimmungen in Handelsabkommen bieten ein Instrument, um nachhaltige Standards zu verankern und gleichzeitig Unternehmen beim Marktzugang zu unterstützen.

Die gezielte internationale Positionierung Deutschlands im Bereich nachhaltiger Technologien erhöht nicht nur die wirtschaftliche Resilienz, sondern stärkt auch die Attraktivität als Partner im globalen Wettbewerb.

Welche Governance-Ansätze braucht es

Für eine strategisch ausgerichtete Außenwirtschaftspolitik ist eine **enge Verzahnung von Innovationsförderung, Außenwirtschaft, Klima- und Entwicklungspolitik** erforderlich. Die geplante gemeinsame Anlaufstelle für Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit sollte als zentraler Knotenpunkt dienen. Initiativen, die eine engere Koordinierung zwischen den jeweiligen Ministerien sowie zwischen den Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen fördern, stärken die Kohärenz und erhöhen die Wirkung im internationalen Wettbewerb um Zukunftstechnologien.

Klima als Bestandteil deutscher Sicherheitspolitik integrieren



Was die Regierung priorisiert

Die Bundesregierung verfolgt im Koalitionsvertrag einen integrierten Sicherheitsansatz (S. 126). Angesichts autoritärer Bedrohungen und zahlreicher neuer globaler Konflikte (S. 1) soll der Bundessicherheitsrat zu einem **Nationalen Sicherheitsrat im Kanzleramt** ausgebaut werden, der Strategie und Lagebewertung koordinieren soll (S. 126). In Bezug auf internationale Krisen, sollen humanitäre Hilfe und Krisenprävention verlässlich finanziert und Partnerschaften überprüft werden (S. 129). Im Bereich Konfliktmanagement und Friedenssicherung will die Regierung die Umsetzung der VN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ stärken (S. 129). Die Regierung setzt sich generell für die Verteidigung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch starke nationale und internationale Institutionen und Gerichtsbarkeiten ein (S. 134). Zudem soll Energiesicherheit durch Diversifizierung, Effizienz und nachhaltige Versorgung gestärkt werden (S. 137).

Wie internationale Klimapolitik diese Priorität unterstützt

Bei einem integrierten Sicherheitsansatz, wie ihn die Regierung anstrebt, sollten der Klimawandel und seine Folgen als zentrale Bestandteile berücksichtigt werden. **Klimawandel und Sicherheit sind eng miteinander verknüpft** und erfordern ein ganzheitliches Vorgehen.

Der Klimawandel wirkt als Risiko- und Bedrohungsmultiplikator und gefährdet die internationale Sicherheit, z. B. durch Wasserknappheit, Extremwetter, Hunger, oder Armut, und trägt damit zu regionaler Instabilität bei. Um Frieden zu fördern und Konflikte zu verhindern, sollte Deutschland den Kampf gegen den Klimawandel konsequent als Bestandteil seiner außenpolitischen und Sicherheitsstrategie verankern.

Ein integrierter Sicherheitsansatz erfordert die Stärkung menschlicher Sicherheit. Klimabedingte Risiken für Wirtschaft, Gesundheit, Wasser- und Ernährungssicherheit sollten stärker in humanitäre, entwicklungspolitische und diplomatische Maßnahmen einfließen. Der Klimawandel und die Begrenzung seiner Folgen sind die zentralen Herausforderungen der Menschheit, um

Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen zu sichern. Deutschland kann seinen Beitrag leisten, indem es den Übergang zu einer emissionsarmen Zukunft weiter **aktiv in seine internationalen Bemühungen zur Stärkung der Sicherheit einbindet**, sei es bilateral mit Partnerländern, oder multilateral, wie durch den Freundeskreis „Klima und Sicherheit“.

Zugleich sollte Deutschland die Resilienz vulnerabler Staaten stärken, um klimabedingter Instabilität entgegenzuwirken, etwa durch eine aktive Beteiligung an der Finanzierung von Loss and Damage- und Klimaanpassung und die Unterstützung des „Climate Security Mechanism“ der VN. Gemäß der VN-Resolution 1325 sollte die besondere Anfälligkeit von Frauen für Klimarisiken anerkannt und ihre Anpassungsfähigkeit gezielt gefördert werden.

Im Energiebereich gefährdet die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, besonders aus Autokratien und Konfliktzonen, die Versorgungssicherheit. Innere Sicherheit und der Abbau solcher Abhängigkeiten sollten daher zusammen gedacht werden. **Der Ausbau erneuerbarer Energien und der Aufbau von Partnerschaften mit gleichgesinnten Demokratien sind zentral**, um Energiesicherheit und die Erschaffung von resilienten Energiesystemen zu vereinen.

Welche Governance-Ansätze braucht es

Die EU adressiert im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) Klimarisiken für die globale Sicherheit. Deutschland könnte die Abstimmung mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst und der Kommission intensivieren, insbesondere bei **Konfliktfrühwarnsystemen und Präventionsinstrumenten**. Deutschland und Partnerländer sollten den Klimawandel als Bedrohungsmultiplikator im NATO-Aktionsplans für Klimawandel und Sicherheit weiter aktiv einbringen, damit er trotz geopolitischer Krisen nicht von der Agenda fällt. National ließe sich durch die Einbindung von Klimaexpertise aus dem BMUKN in den Sicherheitsrat sowie durch eine **engere und ressortübergreifende Koordinierung** zwischen Kanzleramt, BMUKN, BMZ und AA ein integrierter Sicherheitsansatz stärken.